

der Sozialpolitik bis zur Bankenrettung, dass die Bundeskanzlerin einen klaren, ideologisch fest betonierten Weg verfolgt, dessen Kern, der sich hinter einem vermeintlich zögerlichen Handeln verbirgt, die Erwartungen und Interessen der Märkte ist. Ihr »Wirtschaftsliberalismus light« ist nur viel geschmeidiger und flexibler als die platte Agitation des liberalen Koalitionspartners.

Hebel plädiert auch für ein politisches Projekt, einen Neuanfang und einen neuen Politikstil. Denn aus der Politik können wir uns – unabhängig von der Tagesform ihrer Akteure – nicht verabschieden, auch wenn die Bundeskanzlerin das gerne hätte. Das Verschwinden des Politischen gefährdet nämlich das demokratische Prinzip. Deshalb ist es wichtig, das Buch zu lesen. Damit wir nicht zulassen, dass sich die Politik

immer mehr verflüchtigt, der Zusammenhang zwischen Ursache und Wirkung aufgelöst wird und es keine klare politische Verantwortung mehr gibt.

Politik muss wieder die Gestaltung einer Ordnung sein, die auf Freiheit und Teilhabe aufbaut. Die Rehabilitation des Politischen wird zur zentralen Aufgabe, um diese hochkulturelle Errungenschaft zu sichern, die untrennbar mit der Geschichte der Sozialdemokratie verbunden ist. Die SPD muss begreifen, dass die Entleerung der Politik auch die Schwächung der Sozialdemokratie bedeutet – und umgekehrt. Das alles zeigt das Buch von Stephan Hebel.

Stephan Hebel: Mutter Blamage: Warum die Nation Angela Merkel und ihre Politik nicht braucht. Westend, Frankfurt a.M. 2013, 160 S., 13,99 €. ■

Markus Franz

Über Sozialabbau wird nicht mehr debattiert, er wird betrieben

Markus Franz

(* 1962) ist Berater des Kanzlerkandidaten der SPD. Zuletzt im Aphorisma-Verlag erschienen: *Mondfahrten – Reisen in die Seele eines unterbelichteten Planeten namens USA.*

Markus.Franz@spd.de



Die soziale Marktwirtschaft hat gesiegt, jedenfalls, wenn man die öffentlichen Debatten betrachtet. Erhitzte ideologische Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften über Sozialabbau finden heute kaum noch statt. Vorbei die Zeit, als der damalige Arbeitgeberpräsident Michael Rogowski sagte, er wünsche sich ein »großes Lagerfeuer, um das Betriebsverfassungsgesetz und die Tarifverträge hineinzuwerfen«. Vorbei die

Zeit, als die Arbeitgeberverbände regelmäßig die Abschaffung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall forderten oder das Schleifen des Kündigungsschutzes. Vorbei auch die Zeit als die Union für die Kopfpause im Gesundheitssystem warb, die dazu geführt hätte, dass alle die gleichen Beitragssätze zahlen. Ist also alles gut?

Ganz im Gegenteil: Über Sozialabbau wird nicht mehr geredet; er wird einfach betrieben.

Es entwickelt sich zunehmend eine Kultur, in der Beschäftigte so niedrig wie möglich bezahlt werden. 6,8 Millionen Menschen arbeiten für einen Stundenlohn von weniger als 8,50 Euro, 1,4 Millionen sogar für weniger als 5 Euro. Und immer mehr Berufseinsteiger müssen ein schlecht oder gar nicht bezahltes Praktikum nach dem anderen absolvieren. Hinter diesen

Zahlen verbergen sich bedenkliche Geschichten:

Von der Verkäuferin einer Bäckerei etwa, die 6 Euro brutto verdient. Ihre Frühschicht beginnt offiziell um 5 Uhr. Aber anfangen muss sie um 4 Uhr, weil sie es sonst nicht rechtzeitig schafft, die Regale mit Backwaren zu füllen. Die Stunde Mehrarbeit bekommt sie nicht bezahlt.

Oder von dem Mitarbeiter in einem Callcenter. Er wird nicht pro Stunde bezahlt, sondern pro entgegen genommenem Anruf. Für jedes Telefonat gibt es 40 Cent. Wenn er 20 Anrufe pro Stunde schafft, macht das 8 Euro. Wenn keiner anruft: Pech gehabt.

Diese Fälle häufen sich. Viele Arbeitgeber sind offenbar auf den Trichter gekommen: Effektiver als die gesellschaftliche Stimmung zu beeinflussen und Gesetzesänderungen in ihrem Sinne zu erreichen ist es allemal, einfach die gesetzlichen Grenzen auszureizen und sie zu überschreiten.

Erst war es die Leiharbeit, die sich ausbreitete und zum Teil reguläre Arbeitsplätze ersetzte. Symptomatisch dafür ist die inzwischen insolvente Firma Schlecker, die eine Leiharbeitsfirma gründete, um damit zuvor entlassene Beschäftigte als Leiharbeiter an ihre eigenen Filialen zu vermitteln. Inzwischen gibt es bei der Leiharbeit eine Mindestlohnregelung – und schon sinnen manche Arbeitgeber auf neue Möglichkeiten, die Löhne unter die Armutsschwelle zu drücken. Eine Möglichkeit sind Werkverträge. Arbeitnehmer werden als Selbstständige eingestellt, für die keine Mindestlöhne gelten und die auch sonst keine tarifvertraglichen Ansprüche auf Urlaub, Urlaubsgeld und Überstundenzuschläge haben.

Manche Branchen sind schon geradezu verseucht mit Werkverträgen, die dazu dienen, die Löhne zu drücken. In vielen Betrieben der Fleischindustrie etwa haben 30 bis 40 % der Beschäftigten Werkverträge. Und ausgerechnet in Deutschland wird sogar erheblich schlechter gezahlt als

in manchen Nachbarländern. In Belgien etwa sorgt ein Mindestlohn dafür, dass für das Zerlegen eines Schweines 4,50 Euro gezahlt werden. In Deutschland sind es oft nur 1,03 Euro – so die Beschwerde belgischer Minister bei der Europäischen Kommission über das deutsche Lohndumping.

Und es geht ja nicht nur um die Bezahlung. Werkarbeiter können schnell entlassen werden. Da wundert es nicht, warum selbst die FDP schon lange nicht mehr gefordert hat, den Kündigungsschutz aufzuweichen. Günter Wallraff lieferte die Erklärung, als er im Februar im Willy-Brandt-Haus den August-Bebel-Preis verliehen bekam. »Das Ende des Kündigungsschutzes«, sagte er, »ist fast schon da«.

Das alles lässt den Trend erkennen, dass die Beschäftigten immer mehr nur als betriebswirtschaftliche Größen gesehen werden. Der Druck, möglichst optimal zu funktionieren, möglichst konformistisch ins Schema zu passen, wird immer größer.

Und das alles betrifft längst nicht nur die schlecht Ausgebildeten. Es betrifft auch die Mitte der Gesellschaft. Die Frage, ob eine Gesellschaft so überhaupt zukunftsfähig ist, ist eine rein rhetorische. Auch Ingenieure, IT-Experten und Techniker, die als Leiharbeiter eingesetzt werden, verdienen erheblich weniger als Stammbeschäftigte.

Oder nehmen wir das Handwerk. Investorengetriebene Unternehmensgruppen bestimmen zunehmend das Bild der Branche. Die Zahl der Handwerksbetriebe mit 10 bis 19 Beschäftigten schrumpfte zuletzt um ein Drittel. Tarifpolitik und betriebliche Mitbestimmung werden ausgehöhlt, die Löhne sinken.

Auch für viele der rund eine Million Menschen in der Kreativwirtschaft sind faire Löhne ein Fremdwort, also für Beschäftigte bei Verlagen, Film, Bühne, Werbung, Architektur, Software. Ihr Einkommen ist oft nicht existenzsichernd, Frauen werden deutlich niedriger entlohnt als Männer, Altersarmut droht.

Die Frage ist nicht nur, ob wir so leben wollen? Sondern, ob wir es uns leisten können, so zu leben? Denn wenn wir Millionen von Menschen von steigendem Wohlstand abkoppeln, wenn sich Arbeit für viele immer weniger lohnt, wenn die Ungerechtigkeit steigt, wenn immer mehr Unzufriedenheit entsteht, dann schlägt sich

das auf die Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaft nieder.

Wir sollten vom Ziel her denken. Und das Mindeste ist doch wohl, dass wir für eine Gesellschaft eintreten, in der die Beschäftigten nicht als Kennziffern betrachtet werden, sondern als Menschen, die Familien ernähren. Eine Gesellschaft, in der Arbeit angemessen entlohnt wird. In der niemand wegen seines Geschlechts oder seiner Herkunft benachteiligt wird. In der alle gleiche Aufstiegschancen haben. In der alle dazu die Chance haben, sich selbst zu verwirklichen und ihre Talente zu nutzen.

Davon sind wir in unserer insgesamt sehr reichen Gesellschaft noch zu weit entfernt. Wir brauchen deshalb eine neue Ordnung der Arbeitswelt. Vorschläge dafür liegen auf dem Tisch: Ein flächendeckender Mindestlohn von 8,50 Euro. Gleiches Geld für gleiche Leistung bei den Zeitarbeitern – mit mehr Rechten für die Betriebsräte beim Einsatz der Leiharbeit. Gleiche Bezahlung für Frauen und Männer. Eine Reform der Mini-Jobs, damit sie nicht reguläre Arbeit verdrängen. Ein Ende des Missbrauchs von Berufseinsteigern durch Praktika. Die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung. Ein Anspruch auf Weiterbildung für alle.

Ja, Politik kann einen Unterschied machen. Einen riesig großen sogar. Allein der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn würde für 6,8 Millionen Menschen mehr Geld bedeuten.

Über die Nebenwirkungen von Gesetzen lässt sich streiten. Kostet der gesetzliche Mindestlohn Arbeitsplätze oder nicht? Wenn ja, wie viele? Und selbst wenn, ist es nicht trotzdem ein Gebot der Menschenwürde, dass jeder von einem Vollzeitjob aus eigener Kraft leben kann? Nicht jeder durchschaut alles. Nicht alles lässt sich durchschauen. Auch deshalb ist es wichtig, Politik nicht nur dem Gesetzgeber zu überlassen.

Öffentlicher Druck kann wirkungsvoller sein als Gesetze. Wenn sich unsere Gesellschaft nur genug über Sozialabbau em-

pörte, über Entwürdigung und Diskriminierung, dann wäre viel gewonnen. Dann würde jede politische Partei diesem Missstand Rechnung tragen. Dann würden auch die Arbeitgeber von sich aus manche Praxis einstellen. Wie zum Beispiel die, dass Leiharbeiter neongrüne T-Shirts tragen müssen, um sie von der Stammebelegschaft

zu unterscheiden, wie es in einer Druckerei in Norddeutschland üblich ist.

Wir dürfen das Feld nicht denen überlassen, die nur für sich das Maximale herausholen wollen. Die sich nicht um die Gesellschaft scheren. Wir müssen laut und deutlich über Sozialabbau reden, damit er nicht betrieben wird. ■

Gespräch mit Wolfgang Schroeder

»Alle Parteien wollen gute Sozialdemokraten sein«

Die Sozialpolitik benötigt dringend eine Neujustierung

Mit Blick auf die Bundestagswahl stellt Wolfgang Schroeder, Staatssekretär im Brandenburger Arbeitsministerium, die Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen der SPD, den Grünen und der CDU dar. Gerade im Bereich der Sozialpolitik und bei dem Versuch, gesellschaftliche Spaltungen zu überwinden, zeigen sich die Stärken der sozialdemokratischen Programmatik. Die Fragen stellte Thomas Meyer.

NG/FH: Was steht bei der Bundestagswahl 2013, unabhängig von der Parteienrhetorik und den Verwirrungen, die die Medien hervorrufen, sozialpolitisch eigentlich auf dem Spiel?

Wolfgang Schroeder: Die soziale Ungleichheit in Deutschland ist in den vergangenen 20 Jahren deutlich größer geworden. Im Kern muss diese Bundestagswahl zum Startpunkt werden, um wieder mehr Gerechtigkeit und mehr Aufstiegschancen zu etablieren. Das heißt, den Anspruch der sozialen Marktwirtschaft, alle zu beteiligen, wieder mit Leben zu füllen.

NG/FH: »Spaltungen überwinden« ist ja bei der SPD ein zentrales Thema. Auf welchen Politikfeldern könnte eine sozialdemokratisch geführte Regierung – im Unterschied zu anderen Parteien und Parteikonstellationen – in diesem Zusammenhang ansetzen?

Schroeder: Mit einer sozialdemokratischen Regierung könnte ein neues Zeital-

ter der vorsorgenden Gesellschaftspolitik eingeläutet werden. Dafür braucht man eine durchgreifende Strategie, um Chancengleichheit von Anfang an zu praktizieren. Also muss man eine qualitative Vorsorgeinfrastruktur aufbauen, um so früh wie möglich zu fördern. Da der Zentralstaat dies nur indirekt verantwortet, sind die Kommunen der Kampfplatz, auf dem sich entscheidet, ob wir in dieser Frage weiterkommen. Diese sind daher entsprechend finanziell besser auszustatten. Dafür bedarf es zentralstaatlicher Rahmenbedingungen, um eine andere und bessere Infrastruktur schaffen sowie gut ausgebildetes und bezahltes Personal einstellen zu können. Nur so kann es gelingen, dass die 15 % Kinder in Hartz IV-Haushalten wirklich die Chancen erhalten, durch Bildung aufzusteigen. Der Armut muss der Nachwuchs ausgehen.

Außerdem hat die soziale Durchlässigkeit der Arbeitsmärkte und der Gesellschaft insgesamt in den letzten 30 Jahren erheblichen Schaden genommen. Eine sozialdemokratische Offensivstrategie kann